

38. Ingolstädter Fischessen in Unsernherrn
Rede von Dr. Reinhard Brandl, MdB
18. Februar 2015

Anrede,

vielen Dank für die Einladung. Ich komme immer wieder gerne nach Unsernherrn, weil Unsernherrn zwar ein Teil der wachsenden Großstadt Ingolstadt ist, es aber gleichzeitig geschafft hat, ein Dorf zu bleiben.

Ich merke bei allen Veranstaltungen, wie die Dorfgemeinschaft zusammenhält, zusammenhilft, ihre Gemeinschaft pflegt und Traditionen hochhält. Und ich komme gerne nach Unsernherrn, weil ich hier nette Leute treffe, die nicht nur angenehm und freundlich sind, sondern die wirklich etwas auf dem Kasten haben und etwas auf die Beine stellen. Ich nenne einmal beispielhaft drei Personen: Franz Wöhrl, Christian Siebendritt und Martin Dick. Für mich sind das drei parteiübergreifend geschätzte Aushängeschilder der ganzen Stadt und wir sind froh, dass wir Euch in der CSU haben.

Eine Tradition ist auch das heutige Fischessen. 1978 fand es zum ersten Mal statt. Da war Unsernherrn wirklich noch ein Dorf. Wenn ich heute in den vollen Saal blicke, dann zeigt es mir, dass es sich lohnt, an Traditionen festzuhalten.

Für mich ist es eine Ehre schon zum zweiten Mal hier sprechen zu dürfen. Für einen CSUler ist der Aschermittwoch ein ganz besonderer Tag. Es ist der Tag im Jahr, an dem Deutschland auf Bayern blickt und wir formulieren, was die CSU ausmacht. Es ist der Tag im Jahr, an dem deutlich wird, dass die CSU als bayerische Partei etwas Besonderes ist und dass wir uns von den anderen Parteien unterscheiden, die auch in Bayern aktiv sind. Die haben für die Fernsehberichterstattung heute Vormittag aus ganz Deutschland ihre Spitzenpolitiker eingeflogen, die aber morgen wieder alle weg sind. Wir bleiben hier, auch wenn die Blasmusik zu Ende ist. Und wenn die Bürgerinnen und Bürger ein bayerisches Anliegen haben, dann kommen sie in erster Linie zu uns.

Zur CSU gehört, dass wir unsere Traditionen pflegen und uns zu unserer Heimat, zu unserer Geschichte und Kultur und den Werten unserer Gesellschaft bekennen. Aber das alleine reicht nicht. Wir müssen immer wieder neu Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit geben. Wir müssen immer wieder neu die Bedürfnisse der Menschen erkennen, die uns vor allem dafür wählen, dass wir kontinuierlich ihr Lebensumfeld und ihre Lebenschancen verbessern. Wir pflegen unsere Traditionen, aber wir sind keine Besitzstandswahrer. Und wir müssen immer wieder Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen dafür begeistern, bei uns mitzumachen. Das ist nicht einfach und es funktioniert nicht immer.

Aber ein Ort in Bayern, an dem das beispielhaft seit Jahrzehnten gelingt, ist Ingolstadt. Die CSU trägt hier seit über 40 Jahren maßgeblich Verantwortung. In dieser Zeit hat sich die Stadt zu einer der führenden Großstädte in Deutschland entwickelt. Sie alle kennen die Statistiken. Das hat viel zu tun mit den Menschen, die in der Zeit an der Spitze waren – Peter Schnell, Alfred Lehmann – aber auch mit denjenigen, die hinter ihnen standen und stehen.

Für mich ist ein Erfolgsgeheimnis der CSU Ingolstadt, dass sich dort Frauen und Männer aus allen Bevölkerungsgruppen engagieren: Hochschulprofessoren, Landwirte, Polizisten, Lehrer, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Vorstandsmitglieder und Arbeitnehmer, Selbstständige und Angestellte. Alle haben in der CSU ihre politische Heimat gefunden. Das ist die Basis einer echten Volkspartei.

Für mich ist es eine echte Freude, mit Christian Lösel zusammenzuarbeiten. Man merkt es bei jedem Termin: Er sprüht vor Ideen und will die Stadt voranbringen. Er ist nicht mehr hier, weil ich ihn gebeten habe, beim Aschermittwoch in Karlshuld zu sprechen, auch Teil meines Wahlkreises. Die Menschen im Umland wollen ihn ebenso sehen und hören. Ingolstadt ist der Motor der Region und er treibt ihn mit schier unendlicher Energie an. Alle, die ihn kennen, wissen, wovon ich spreche. Er muss heute andere Antworten finden wie Peter Schnell, weil die Herausforderungen andere sind als damals. Eine China-Strategie war früher kein Thema. Aber er wird die Erfolgsgeschichte der Stadt Ingolstadt fortschreiben und wir alle in der CSU können stolz sein, dass dieser Generationenwechsel so reibungslos gelungen ist.

Wir haben das Glück in einer Boomregion in einer guten Zeit zu leben. Wenn ich mich mit Christian oder anderen Bürgermeister bespreche, dann geht es oft darum, wie wir das Wachstum in der Stadt und der Region sinnvoll unterstützen. Im Moment zum Beispiel durch einen Bahnhalt bei der AUDI AG, durch bessere ICE-Zugverbindungen von und nach Ingolstadt oder durch den gezielten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Das sind Herausforderungen, die nicht einfach zu lösen sind, aber sie haben eine an sich erfreuliche Ursache: Es geht uns gut und wir wachsen.

Die anderen Herausforderungen, die mich in diesen Wochen beschäftigen, haben keine erfreuliche Ursache und gefährden das Wachstum und den Wohlstand in Deutschland. Ich war letzte Woche auf der Sicherheitskonferenz in München. Gestern haben wir in Berlin den ganzen Tag über unsere zukünftige außenpolitische Strategie beraten. Bei diesen Terminen wird einem sehr bewusst, dass die Zukunft unserer Gesellschaft, unseres friedlichen Zusammenlebens und auch unseres Wachstums und Wohlstands ganz maßgeblich von Kräften bewegt wird, die außerhalb unserer Grenzen liegen.

Im vergangenen Jahr 2014 haben wir erlebt, wie die Welt aus dem Gleichgewicht geraten ist. Ein neuer Ost-West-Konflikt mit Russland. Eine grausame Eskalation von fanatischem Terrorismus und Islamismus im Irak und in Syrien, der immer näher an uns heranrückt (Stichwort: Paris, Brüssel und am Wochenende Kopenhagen). Ein enormer Anstieg von

Flüchtlingszahlen, weltweit und auch spürbar in Deutschland und Ingolstadt. Und trotz dieser ganzen Krisen hat sich zwischen Juni 2014 und heute einfach mal der Ölpreis halbiert. Früher stieg in solchen Phasen der Preis. Für den sinkenden Ölpreis gibt es Gründe. Ich möchte jetzt gar nicht vertieft darauf eingehen, sondern nur den Punkt machen, dass die Welt ihr politisches Gleichgewicht verloren hat und es noch nicht absehbar ist, ob überhaupt, wie und wann sie wieder in eine neue stabile Lage kommen wird. Dies betrifft auch uns, terroristische Anschläge sind ein schrecklicher Aspekt davon.

Als eine der drei führenden Exportnationen sind wir, wie kaum ein anderes Land, mit der Welt wirtschaftlich vernetzt. Wir profitieren vom Wachstum in entfernten Ländern wie beispielsweise China. Dementsprechend sind wir aber auch verletzlich, wenn das internationale Gleichgewicht gestört ist. Die Entwicklung unseres Landes in 2015 und in den folgenden Jahren wird sich deshalb nicht nur daran entscheiden, wie wir unsere innenpolitischen Probleme lösen, sondern auch daran, ob wir auf diese Vielzahl an außenpolitischen Herausforderungen Antworten finden werden.

Zum Thema Russland und Ukraine möchte ich Ihnen drei Beobachtungen von der Sicherheitskonferenz mitgeben:

Erste Beobachtung

Es ist beängstigend, wie die russischen Vertreter sich ihre eigene Realität zusammensetzen. Sie streiten unter anderem auf offener Bühne ab, dass sie die Separatisten in der Ukraine militärisch unterstützen. Dabei gibt es unzählige unabhängige Quellen, die beschreiben, wie Nacht für Nacht schweres Gerät und Soldaten über die Grenze gebracht werden. Ich habe einen russischen Abgeordneten erlebt, bei dem ich ziemlich sicher bin, dass er diese ganze Propaganda wirklich glaubt.

Zweite Beobachtung

Die Amerikaner sind auf einem schrittweisen Rückzug aus Europa. Das ist ein generelles Problem für die westliche Welt. Aber in den letzten Wochen war es wie selten sichtbar. Die Friedensgespräche in Kiew, Moskau und Minsk haben die Amerikaner aus der Distanz verfolgt. Als Lösungsvorschlag war von ihnen in München immer nur zu hören, den Preis für Putin mit Waffenlieferungen an die Ukraine hochzutreiben.

Dritte Beobachtung

Ganz Europa blickt auf Deutschland und die Bundeskanzlerin. Wir tragen heute eine politische Verantwortung wie noch nie in unserer Geschichte. Von uns wird erwartet, dass wir Führung übernehmen. Aber nicht in dem Sinn, dass wir andere dominieren, sondern in dem Sinn, dass wir zusammenführen, um dann im Namen aller zu vermitteln. Bundesministerin von der Leyen hat es auf der Sicherheitskonferenz wie folgt formuliert: „Führung aus der Mitte heraus“.

Unsere Antwort in der Ukraine-Frage war und ist deshalb: Es gibt keine militärische Lösung. Wenn wir zehn Panzer liefern, dann liefert Putin zwanzig. Und die zwanzig sind wahrscheinlich schon Wochen vor unseren zehn dort. Nur ein Weg über Diplomatie und Sanktionen kann erfolgreich sein. Auf kurzfristige Sicht bin ich aber nicht optimistisch. Es liegt nicht im Interesse von Putin, die Ukraine wieder zu stabilisieren. Im Gegenteil: Er will sie destabilisieren und er will sein Land und seinen Einflussbereich vom Westen abgrenzen. Dafür hat er auch eine deutliche Mehrheit in seinem Land hinter sich. Um eine weitere Eskalation zu verhindern, bleibt nur noch die Möglichkeit, Russland davon zu überzeugen, dass es als Partner und nicht als Gegner des Westens langfristig eine bessere Zukunft hat. Bei dieser schwierigen Überzeugungsarbeit hoffen alle auf Deutschland und auf unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel.

In einem Punkt haben die Amerikaner allerdings Recht: Deutschland und Europa gibt zu wenig für seine Verteidigung aus, ganz unabhängig von der Situation in der Ukraine. Im vergangenen Jahr mussten wir verzweifelt mit ansehen, wie schnell die Bundeswehr an ihre Grenzen stößt, wenn sie an ein paar Stellen gleichzeitig gefordert ist (Rückzug aus Afghanistan, Ebola-Hilfe und die Unterstützung der Peshmerga im Kampf gegen IS).

Plötzlich wurden wir mit der Situation konfrontiert, dass keine flugfähigen Flugzeuge und Hubschrauber mehr da waren. Das darf kein Dauerstand bleiben. Unsere Antwort ist: Wir müssen mehr Geld in die Bundeswehr investieren! Dies gilt auch für die Polizei und die anderen Sicherheitsbehörden.

Ich will Ihnen das einmal an einer Zahl verdeutlichen: Um einen einzigen terrorverdächtigen Islamisten rund um die Uhr und sieben Tage die Woche zu beschatten, bedarf es zwanzig Polizisten. Wir verzeichnen in den letzten Monaten aus Deutschland hunderte Ausreisen nach Syrien und in den Nordirak. Von diesen Personen wissen wir nicht, ob, und wenn ja mit welcher Motivation, sie zurückkehren. Von den Zuhausegebliebenen, die den Dschihad in Deutschland führen wollen, ganz zu schweigen.

Wir haben im Haushaltsausschuss für das Jahr 2015 beim Verfassungsschutz hundert neue Stellen geschaffen. Auch die Bundesländer, wie beispielsweise Bayern, haben reagiert. Aber wir werden in Zukunft ganz andere Dimensionen in diese Bereiche investieren müssen.

Auf diese Weise werden wir uns in Deutschland besser schützen. Lösen können wir die Probleme aber nur vor Ort, indem wir dafür sorgen, dass Länder wie Irak, Libyen, Mali, Jemen und Afghanistan nicht zerfallen und damit zu einer Brutstätte für den Terrorismus werden. Um dies zu erreichen, müssen wir in Deutschland und international die Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik besser vernetzen. Hierzu ist aber wiederum eine bessere Kooperation mit Russland notwendig. Die Russen blockieren hinsichtlich Syrien fast alle Maßnahmen im UN-Sicherheitsrat.

Genau vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen haben wir gestern in Berlin begonnen, unser strategisches sicherheitspolitisches Konzept – das sogenannte Weißbuch – zu überarbeiten. Die CSU stellt im Moment den Entwicklungsminister Gerd Müller, der in diesem vernetzten sicherheitspolitischen Ansatz eine zentrale Rolle spielt (Stichwort: Hilfe vor Ort). Wir werden das Thema in den nächsten Monaten noch stärker besetzen, denn hier liegen die Herausforderungen unserer Zeit. Wir als CSU müssen darauf Antworten geben.

Ein aktuelles Beispiel, an dem diese Herausforderungen konkret sichtbar werden, ist die Flüchtlingswelle aus dem Kosovo. Die bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber werden derzeit überrannt. Wenn die Entwicklung so weitergehen würde, dann wäre Ende des Jahres ein Fünftel der Bevölkerung des Kosovo hier in Deutschland. Es handelt sich hierbei nicht um einzelne Minderheiten. Es ist die Mittelschicht, die zu zehntausenden Asyl in Deutschland beantragt, weil sie vor Ort keine Perspektive sieht.

Es ist aber keine Lösung, wenn sie jetzt zu uns kommen, Asyl beantragen und dann nach ein paar Monaten wieder zurückgeschickt werden, um sich erneut auf den Weg zu machen. Wenn wir das so zulassen, verlieren wir die Akzeptanz für unser Asylsystem in unserer Gesellschaft. Auf diese Weise helfen wir weder dem Kosovo, das im Moment ausblutet, noch den Menschen dort. Kurzfristig ist unsere Antwort, die Asylverfahren und die Abschiebungen zu beschleunigen. Mittel- und langfristig kann aber nur die Hilfe vor Ort eine Lösung bieten, damit die Menschen im Kosovo eine Perspektive finden und dort bleiben.

Die CSU hat aber noch eine andere wichtige Rolle. Viele der heutigen Konflikte sind auch ein Kampf gegen unser westliches Werte- und Rechtsverständnis. Wir haben in der Vergangenheit oft geglaubt, dass unsere Vorstellungen von Freiheit, Toleranz, Menschenrechten, Demokratie und Gewaltenteilung eh so überzeugend sind, dass sie sich über kurz oder lang automatisch durchsetzen werden. Und man deswegen gar nicht groß um sie werben muss. Das ist nicht der Fall.

Momentan erleben wir eher die gegenteilige Bewegung, nicht nur im Verhältnis mit dem Islam, sondern zum Beispiel auch in Russland. Nur fünf Prozent der Russen geben an, dass eine westliche Demokratie dem Land gut tun würde. 45 Prozent geben an, dass diese Staatsform eine zerstörerische Wirkung auf Russland hätte. Und die Zahlen werden immer schlechter. Dabei ist es überhaupt nicht so, dass die Russen unsere Werte ablehnen würden. Sie sagen vielmehr: Ihr habt überhaupt keine Werte mehr! Ihr habt nur relative Vorstellungen von Ordnung und Moral, die ihr beliebig nach dem jeweiligen Zeitgeist ausrichtet. Das stößt die Russen ab. Ein solches Bild des Westens wird natürlich von der Propaganda dort bewusst erzeugt. Es stimmt aber nicht.

Aber es stimmt, dass wir in Deutschland dazu neigen, aus einer falsch verstandenen Toleranz heraus – um ja niemanden zu verletzen – unsere eigene Kultur und Werte zu verleugnen. Man braucht jetzt gar nicht so weit zu gehen und sich darüber aufregen, dass in manchen

Großstädten Sankt Martins-Umzüge heute Laternenfeste genannt werden oder Christkindelmärkte Wintermärkte. Ich war vor ein paar Wochen auf einem Neujahrsempfang in einer kleinen Gemeinde bei uns zu Gast und dort wurde ein Tischgebet gesprochen. Plötzlich begann am Tisch eine Diskussion darüber, ob dies in Ordnung sei. Es wurde die Befürchtung geäußert, dass vielleicht ein möglicherweise anwesender Muslim auf diese Weise diskriminiert werden könnte. Meines Erachtens ist dies eine gefährliche Entwicklung. Solche Diskussionen kommen aber nicht von Muslimen. Muslime stehen zu ihrer Religion und verstehen gar nicht, wieso wir unsere so leicht aufgeben.

Ich befürchte deshalb nicht die Islamisierung des Abendlandes. Ich befürchte die Säkularisierung des Abendlandes. Das heißt: Den Rückzug des Christentums und damit verbunden auch den Verlust des Wissens um die Grundlagen unserer Gesellschaft. Dazu gehören auch der Respekt und die Toleranz vor anderen Religionen.

Die CSU ist die Partei, die sich dieser Entwicklung am klarsten entgegenstellt und unsere christlichen Wurzeln und Traditionen hochhält. Und nur wer sich seiner eigenen Wurzeln und Identität bewusst ist, hat auch die Kraft, andere Kulturen zu integrieren. Ich glaube, unsere bayerische Identität und Werteorientierung ist auch mit ein Grund dafür, dass in Städten wie Ingolstadt die Integration deutlich besser gelingt als zum Beispiel in Berlin, obwohl dort der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund deutlich niedriger ist. Wir werden als CSU deswegen auch weiter ein klares Bekenntnis zu Bayern und unseren christlichen Wurzeln ablegen.

Meine Damen und Herren, was mich aber trotz der ganzen Krisen in der Welt hoffnungsvoll stimmt: Die Deutschen blicken frohen Mutes in die Zukunft. Allensbach hat Anfang des Jahres einen Rekordwert in einer Umfrage gemessen: 56 Prozent gehen mit Hoffnungen in das Jahr 2015 und nur elf Prozent mit Befürchtungen. Das sind die positivsten Werte der letzten zwanzig Jahre.

Die Gründe sind die stabile wirtschaftliche Lage, die hohe Arbeitsplatzsicherheit und die Zunahme des Anteils derer, die sich in den letzten Jahren materiell verbessert haben. Hinzu kommt ein anderes Umfragephänomen: Wenn heute Bundestagswahlen wären, hätten CDU/CSU und SPD exakt das gleiche Ergebnis (CDU/CSU: 41 Prozent, SPD: 25 Prozent) wie bei der letzten Wahl. Ich glaube, es liegt daran, dass diese Koalition ziemlich genau das macht, was die Parteien im Wahlkampf versprochen bzw. was sie im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Ich will diese Aussage am Beispiel der CSU verdeutlichen: Wir wollten ab 2015 im Bund keine neuen Schulden mehr machen. Wir haben das Ziel bereits 2014 erreicht. Der Bund hat letztes Jahr keine Schulden gemacht! Das ist in den Medien fast etwas untergegangen. Aber es ist eine historische Trendwende. Der erste ausgeglichene Haushalt seit 1969, damals unter dem Bundesfinanzminister Franz-Josef Strauß.

Dieses Versprechen zu halten, war gar nicht so einfach. Seitdem ich Mitglied im Haushaltsausschuss bin, bekomme ich fast jeden Tag E-Mails und Briefe, die Vorschläge enthalten, welche Wohltaten wir denn als nächstes vollbringen könnten. Immer nein zu sagen ist dabei hart. Es sind natürlich auch gute Ideen dabei. Ich weiß jetzt, wie es Albert Wittmann geht.

Wenn wir zu oft ja sagen, laufen wir aber Gefahr, dass in guten Zeiten Kosten aufgebaut werden, von denen wir dann in schlechten Zeiten nicht wieder herunterkommen. Und wir können sicher sein, dass auch wieder schlechtere Zeiten kommen. Auch dann wollen wir mit dem Geld auskommen, das wir einnehmen.

Die Überschüsse, die wir erwirtschaften, werden wir investieren, in die Infrastruktur, in Bildung und Forschung sowie in unsere innere und äußere Sicherheit. Wir werden das ohne neue Steuern und ohne Steuerhöhungen schaffen. Auch dieses Versprechen haben wir gehalten.

Durch unsere Steuerpolitik wollen wir Anreize für Leistung schaffen. Unser erklärtes Ziel ist deshalb, die kalte Progression zum 01. Januar 2017 abzumildern.

Wir werden in den nächsten Monaten eine harte Auseinandersetzung um die Erbschaftssteuer erleben. Das Bundesverfassungsgericht hat kurz vor Weihnachten Teile der jetzigen Regel für verfassungswidrig erklärt. Viele Anhänger der Linken sehen eine Erbschaft nur negativ: Für sie stellt sie einen leistungslosen Erwerb dar. Zudem leistet sie aus ihrer Sicht einen Beitrag zur Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich. Deswegen soll eine Erbschaft möglichst begrenzt (d.h. hoch besteuert) werden.

Wir hingegen wollen mit unserer Steuergesetzgebung Anreize für Leistung schaffen. In unserem Verständnis arbeiten die Menschen eben nicht nur, um ihr Geld selber auszugeben, sondern vor allem auch um die Startchancen ihrer Nachkommen zu verbessern. Wenn der Staat dann im Erbfall einen Großteil des Geldes nimmt, dann sinkt der Leistungsanreiz für die Eltern. Wir wollen auch nicht junge Unternehmer mit der Erbschaftssteuer dafür bestrafen, dass sie ein Familienunternehmen fortführen. Wenn wir das tun, brauchen wir uns über die Förderung von Existenzgründern ja gar nicht mehr zu unterhalten.

Gerade bei diesen Fragen wird deutlich, wie wichtig es ist, dass die CSU mitregiert. Wir haben die Mütterrente eingeführt. Das war ein Kernanliegen der CSU. Genauso werden wir in diesem Jahr die PKW-Maut beschließen.

Meine Damen und Herren, ich könnte die Liste Punkt für Punkt fortführen, aber meine Redezeit ist begrenzt. Ich wollte Ihnen aber darstellen, dass wir als CSU auch konsequent umsetzen, was wir versprochen haben. Natürlich müssen auch wir Kompromisse machen. Denn wir regieren nicht alleine. Der Mindestlohn war so ein Kompromiss.

Ich habe im Prinzip nichts gegen einen Mindestlohn von 8,50 Euro. Aber die flächendeckende Bürokratie, die jetzt zur Überwachung des Mindestlohns eingeführt wurde, ist nicht vermittelbar. Sie betrifft selbst Unternehmen, die deutlich mehr zahlen. Hier müssen wir dringend nachbessern.

Wir haben noch weitere große Herausforderungen vor uns. Ganz oben auf der Agenda steht dabei das Gelingen der Energiewende. Grundlage dafür sind die Ergebnisse des Energiedialogs von Staatsministerin Ilse Aigner. Dabei verlassen sich die bayerischen Bürgerinnen und Bürger auf uns und auf niemanden anderen.

Ansprechen möchte ich zudem die Staatsschuldenkrise in Europa, mit der wir weiterhin kämpfen. Mit massiven Anstrengungen haben wir in den Jahren 2011 und 2012 ein Zusammenbrechen der Euro-Zone und vor allem einen Bankrott Griechenlands verhindert. Die Linie der CSU war immer: Wir sind solidarisch in Europa und wir helfen in der Not. Aber wir tun dies nur unter der Auflage, dass Reformen eingeleitet werden, die die wirtschaftliche Substanz verbessern und die Länder auf lange Sicht wettbewerbsfähiger machen. Das bedeutet Solidarität und Subsidiarität – Hilfe nur zur Selbsthilfe. Diese Vorgehensweise hat in Portugal, Irland und bisher auch in Griechenland funktioniert. Die Anstrengungen haben Früchte getragen. Dieser Weg war für die Griechen nicht leicht und auch wir in Deutschland haben lange damit gerungen. Wir haben uns in Europa dann aber gemeinsam mit Griechenland zu diesem Weg entschlossen. Als CSU bleiben wir deshalb bei unserem Kurs: Hilfe nur zur Selbsthilfe. Verträge müssen eingehalten werden. Daran ändert auch die neue griechische Regierung nichts.

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, das waren in einem schnellen Durchlauf die Punkte, die für mich die CSU im Jahr 2015 ausmachen. Unsere Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Wir können die Aufgaben nur gemeinsam bewältigen. Die CSU Ingolstadt vor Ort und wir als Abgeordnete in den Parlamenten.

Ich bedanke mich für Eure Unterstützung in den vergangenen Jahren und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!